

ANTRÄGE



Anträge Inhaltsverzeichnis

2020

- 1 Pädagogische Leitung von Schulleitung trennen!
- 2 Die wahren Betroffenen und Verursacher_innen des Klimawandels
- 3 Wir wollen UNSERE Direktorinnen und Direktoren bestellen!
- 4 Fixes Budget für Schüler_innenvertretungen
- 5 Umweltpolitik im Fokus
- 6 Schluss mit dem Feststellungsprüfungs-Tsunami!
- 7 Faire Beurteilung, jetzt!
- 8 Sozial gerechte Schulbeihilfe!
- 9 Einführung der NOVI
- 10 Aufklärungsunterricht für ALLE
- 11 Wir sind keine Schäfchen, sondern selbstbewusste
- 12 Schülerinnen und Schüler!
- 13 Für eine Schule des Lebens und nicht des Schlafens!
- 14 Gewaltprävention als Grundkompetenz
- 15 Weil Schule auf's Leben vorbereiten soll!
- 16 Für eine partizipativere und demokratischere Vertretung aller Schüler*innenÖs-
terreichs!
- 17 BILDUNG REFORMIEREN.
- 18 Rassismus den Kampf ansagen
- 19 Umweltschule
- 20 Forderung von Talenten und Förderung von Leistungsschwachen
- 21 Schluss mit der Papierlawine!



Anträge Inhaltsverzeichnis

2020

22 Stunden Reduzierung der Nebenfächer

23 Nicht für die Schule, sondern fürs Leben lernen wir

1

Pädagogische Leitung von Schulleitung trennen!

Jakob Gonano - Neulandschule Laaerberg

angenommen abgelehnt

Direktorinnen und Direktoren haben viele Aufgaben! Zu viele? Ja! Die Schulleiterin oder der Schulleiter muss ihre oder seine Schule sowohl organisatorisch, als auch finanziell lenken, nach außen vertreten und pädagogische Entscheidungen in der Schule treffen. Diese unterschiedlichsten Aufgaben sind sehr schwer zu bewältigen. Das führt dazu, dass Direktorinnen und Direktoren die vor ihrer Bestellung noch in den Klassenräumen gestanden sind und unterrichtet haben, nun keine Zeit mehr dafür haben. Als Lehrperson kann man den Unterricht beobachten, Fehlverhalten von Schülerinnen und Schülern wahrnehmen und man bekommt das soziale Zusammenleben in der Schule jeden Tag hautnah mit. Wenn man aber nicht mehr unterrichtet, dann kann man nicht mehr so schnell Problemsituationen erkennen. Doch keine Person in einer Schule ist für die Kontrolle des Verhaltens von Schülerinnen und Schülern und Lehrerinnen und Lehrern und die Prävention von psychischer oder physischer Gewalt wichtiger, als die Schulleiterin oder der Schulleiter.

Daher ist es notwendig den Posten der Schulleitung in eine pädagogische Leitung und eine Schulleitung zu trennen. Die Schulleitung ist für organisatorische, administrative und finanzielle Angelegenheiten zuständig, während die pädagogische Leitung für schulinterne Schwerpunktsetzungen, Projekte, Stundentafel und die Zusammenarbeit mit der Lehrerschaft zuständig ist. Die Schulleitung muss nicht unbedingt eine Lehrperson sein, doch die pädagogische Leitung muss ausnahmslos zur Lehrerschaft einer Schule gehören, selbst unterrichten und eine pädagogische Ausbildung haben. Somit kann diese viel besser den Überblick über das Zusammenleben in der Schule behalten und kann im Ernstfall schnell und möglichst effektiv reagieren. Repräsentative Aufgaben und die Zusammenarbeit mit der Schulgemeinschaft müssen zwischen den beiden Posten aufgeteilt werden. Um das zu machen ist eine genaue Einteilung der jeweiligen Zuständigkeiten wichtig.

1

Pädagogische Leitung von Schulleitung trennen!

Jakob Gonano - Neulandschule Laaerberg

angenommen abgelehnt

Forderungen:

- Trennung des Posten der Schulleitung in eine pädagogische Leitung, die Teil der Lehrerschaft sein muss und eine Schulleitung.
- Eine Schulleitung die nur für organisatorische, administrative und finanzielle Angelegenheiten zuständig ist.
- Eine pädagogische Leitung die für schulinterne Schwerpunktsetzungen, Projekte, Stundentafel und die Zusammenarbeit mit der Lehrerschaft zuständig ist.
- Eine der Funktion entsprechende autonome Kompetenzaufteilung, sowohl im Bereich der repräsentativen Aufgaben, als auch bei der Zusammenarbeit mit der Schulgemeinschaft, am Schulstandort.

2

Die wahren Betroffenen und Verursacher_innen des Klimawandels Amina Hot - Islamische Fachschule

angenommen abgelehnt

Wenn das Thema Klimawandel aufkommt, dann sind oft Plastik freie Tage und eine CO₂-Steuer im Gespräch. Doch wie oft wird über die wahren Verursacher_innen gesprochen? Dass 90 Konzerne für zwei Drittel des Klimawandels verantwortlich sind ist leider noch immer den wenigsten bekannt. Genauso wenig werden die vielen Betroffenen in der Schule thematisiert. Denn 80% aller vom Klimawandel betroffenen Menschen sind Frauen*. Aufgrund von Naturkatastrophen, Umweltverschmutzung und gesellschaftlicher Unterdrückung sind Frauen* noch immer die, die am meisten vom Klimawandel benachteiligt werden. In Bangladesh sind im Jahre 1991 5x mehr Frauen* als Männer* aufgrund von Tsunamis oder Wirbelstürmen umgekommen. Ein anderes Beispiel sind die Rohstoffknappheiten die vorwiegend Frauen* betreffen, da sie diejenigen sind die diese, über mehrere Kilometer, zurück in ihre Dörfer tragen müssen. Den Verursacher_innen sind diese Folgen bewusst und sie nehmen diese hin um ihren Profit zusteigern. Wenn die Reichsten der Erde 175x so viel CO₂ ausstoßen wie ärmsten 10% der Bevölkerung, dann kann nicht mehr geleugnet werden, dass Konzere die größte Umweltverschmutzung betreiben.

Forderungen:

- Die Thematisierung der wahren Verursacher_innen des Klimawandels und offener Konzerkritik fortlaufend ab der 1. Schulstufe
- Die Auseinandersetzung der Folgen des Klimawandels auf der ganzen Welt

3

Wir wollen UNSERE Direktorinnen und Direktoren bestellen!

Elena Slop - Caritas Ausbildungszentrum für Wirtschaft und Soziales

angenommen abgelehnt

Keine Person bestimmt den Alltag in der Schule so stark mit, wie die Direktorin oder der Direktor. Die Direktorin und der Direktor haben die Personalhoheit in der Schule sind der oder die erste Ansprechperson für alle Schülerinnen und Schüler in der Schule. Wenn eine Schule ihre Direktorin oder ihren Direktor aus unterschiedlichsten Gründen verliert bedeutet das für die Schule oft eine Umstellung auf allen Ebenen. Wenn eine neue Direktorin oder ein neuer Direktor sein Amt Antritt beginnt ein sehr empfindlicher Umstellungsprozess und gleichzeitig darf nicht verloren gehen, was in den vergangenen Jahren gut funktioniert hat.

Daher ist die Direktorenbestellung etwas, dass eine Schule entscheidend prägen kann. Es ist daher wichtig das Personen das Amt antreten die gewissen Anforderungen gerecht werden können und genügend praktische Erfahrung, vor allem im Schulleben, gesammelt haben. Zurzeit werden Schulleiterposten leider oft parteipolitisch vergeben. Daher kann es passieren, dass Personen diese Position bekommen, die nicht in das Bild einer Schule passen. Dieses System nützt weder der einzelnen Schülerin oder dem einzelnen Schüler noch der gesamten Schule. Ich fordere daher die Bestellung von Direktorinnen und Direktoren über ein Assessmentcenter, welches die Eignung der Person als Schulleiterin bzw. Schulleiter überprüft, und den Schulgemeinschaftsausschuss (SGA). Wenn sowohl der SGA zugestimmt und im Assessmentcenter die nötigen Punkte erreicht wurden, kann eine Person Schulleiterin oder Schulleiter werden.

Forderungen:

- Mitspracherecht des SGA's bei der Direktorenbestellung, sodass sich die Schulpartnerschaft mit der Personalentscheidung einverstanden erklärt.
- Bewertung der Bewerberinnen und Bewerber für den Schulleiterposten durch ein Assessmentcenter.

4

Fixes Budget für Schüler_innenvertretungen

Maria Marichici - Antonkriegergasse

angenommen abgelehnt

Eines ist bei fast allen Projekten der SV gleich: Nach der Ideenfindung und genauen Planung bleibt die Frage nach der Finanzierung noch lange unsicher. Wird die Elternvertretung zusagen? Oder zeigt sich die Direktion großzügig? Muss das Geld von der SV selbst verdient werden?

Bei der ersten SGA-Sitzung sind alle Schüler_innenvertretungen auch mit der Elternseite in Kontakt gekommen. Für viele SVen bedeutet diese die wichtigste finanzielle Hilfe bei der Umsetzung von Projekten, denn seien es Getränke für ein Sportfest, die Anschaffung eines Wasserkochers im Pausenraum oder einer SV-Pinnwand: Viele Ideen der Schüler_innenvertretung benötigen ein gewisses Startbudget.

Wünschenswert – und an manchen Schulen bereits umgesetzt – ist dabei ein Budget für die Schüler_innenvertretung, das nicht projektbezogen genehmigt werden muss, sondern für kleine, laufend anfallende Ausgaben genutzt werden kann.

Das Budget soll Schüler_innenvertretungen dabei helfen, Projekte umzusetzen, ohne dabei auf die Gunst der Elternvertretung angewiesen zu sein. Ideen können unabhängiger geplant werden und rascher und flexibler umgesetzt werden, wenn nicht alle finanziellen Änderungen wieder rückbesprochen werden müssen.

Weiters bedeutet ein fixes SV-Budget auch eine gewisse Verantwortung für die Schüler_innenvertretung. Das Geld muss wirtschaftlich genutzt und eventuell durch zusätzliche, kleine Aktionen aufgebessert werden, was wiederum Unabhängigkeit von der Elternseite schaffen würde. Um sicher zu gehen, dass das SV-Budget auch wirklich für SV- Zwecke genutzt wird, wäre eine Voraussetzung, dass die SV die Rechnungen in der Direktion mit einem Verwendungszweck nachlegen muss..

4

Fixes Budget für Schüler_innenvertretungen

Maria Marichici - Antonkriegergasse

angenommen abgelehnt

Forderungen:

- Die LSV Wien setzt sich für ein verpflichtendes Schüler_innenvertretungsbudget ein
- Dieses Budget darf von Schüler_innenvertretung für ihre Ideen und Projekte genutzt werden und ist nicht zwingend an gewisse Projekte gebunden
- Die Rechnungen müssen in der Direktion vorgezeigt werden, um sicher zu gehen, dass das SV-Budget nicht missbraucht wird.

5

Umweltpolitik im Fokus

Yoko Zyka – AHS Wien West

angenommen abgelehnt

Plastik-eines der wohl präsentesten Themen der heutigen Zeit. Plastik und Mikroplastik belasten Umwelt, so wie auch uns Menschen enorm. Allein 2010 wurden 5 Millionen TONNEN Plastik im Meer gefunden und die Zahl steigt Jahr für Jahr immer mehr an. Die potentielle Wahrscheinlichkeit, dass Mikroplastik bald (nicht gewollt) Bestandteil unserer täglichen Nahrung sein könnte, ist weit mehr als erschreckend. Aber auch allgemein wird der Umwelt in Schulen viel zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt. Trotz der immer größer werdenden Präsenz dieser Thematik wird immer noch viel zu wenig wirklich getan. Das Ziel einer „plastikfreien Gesellschaft“, bzw einer ökologischen Umwelt, sollte uns allen ein Anliegen sein und nicht nur eine Floskel ohne Umsetzer. Als wichtigen Schritt, sehe ich die Umsetzung der plastikfreien Schule und die Einführung von Recyclingpapier. Es ist bei weitem nicht notwendig Plastikflaschen an Schulen anzubieten, wenn man sich ganz einfach eine Wasserflasche mitnehmen kann. „Aus den Augen, aus dem Sinn“... . Wenn die Plastikflaschen gar nicht erst angeboten werden, wird man sie mit Sicherheit auch nicht vermissen.

Forderungen:

- Verbot des Verkaufs von Plastikflaschen
- Budgetäre Förderung von Trinkbrunnen durch die Stadt Wien
- Verwendung von Recyclingpapier für alle ausgehändigten Materialien
- Fokus auf eine effiziente Mülltrennung, sowie verpflichtende Plastikrecycling-Boxen an allen Wiener Schulen
- Vermehrte Aufklärung über aktuelle umweltpolitische Themen im Biologie Unterricht

6

Schluss mit dem Feststellungsprüfungs-Tsunami!

Lucas Nguyen - VBS Floridsdorf

angenommen abgelehnt

Ein Punkt, der BMHS von AHS differenziert, ist der praxisnahe Unterricht in Form von eigenen Unterrichtsfächern mit Fokus auf realistischer Umsetzung der erlernten Theorie in die Praxis. Unterricht, der SchülerInnen helfen soll, die Arbeitswelt kennenzulernen und erste Erfahrungen in der respektiven Richtung zu sammeln.

Die Problematik dahinter ist jedoch die Benotung. Die Beurteilung ist meist nicht nur sehr subjektiv, auch die Anwesenheit spielt eine große Rolle. Gerade weil der Unterricht meist in Stundenblöcken abgehalten wird, versäumt man – wenn man krank ist oder aus anderen Gründen fehlt – viele, wenn nicht sogar alle, Wochenstunden in dem Fach. Aufgrund dessen kommt es oft vor, dass Lehrkräfte zu einer Feststellungsprüfung greifen, um eine Beurteilung zu treffen.

Laut § 20 SchUG Abs. 4 und 10 ist es nämlich so, dass wenn SchülerInnen mehr als das Achtfache (für die 10. Bis 13. Schulstufe, das Vierfache) der wöchentlichen Stundenanzahl eines Pflichtgegenstandes versäumen, eine Prüfung absolvieren müssen, um die geforderten Kenntnisse und Fertigkeiten nachzuweisen, sofern sie die Versäumnisse durch eine facheinschlägige praktische Tätigkeit nachgeholt haben. Ist das Nachholen der Tätigkeit nicht möglich, so hat dies in Form einer vierwöchigen, facheinschlägigen Feriapraxis zu erfolgen – die Prüfung kann dann zu Beginn des folgenden Schuljahres abgelegt werden. Diese Maßnahme halte ich für überzogen!

SchülerInnen haben nur eine Möglichkeit beurteilt zu werden – und diese hängt allein von der Anwesenheit ab! SchülerInnen sollte es möglich sein, ihre Versäumnisse auszubessern, bevor sie sich einer Feststellungsprüfung stellen müssen.

7

Faire Beurteilung, jetzt!

Pascal Unger – BGRG8 Albertgasse

angenommen abgelehnt

Wir Schüler_innen verdienen eine faire Beurteilung unserer Leistungen in der Schule. Ziffernoten können das nicht bieten.

Jede Beurteilung von Schüler_innen hängt ausschließlich von einer einzelnen Lehrkraft ab. Jede Lehrperson beurteilt aber unterschiedlich – was ja auch nur menschlich ist. Daher sind Beurteilungen, vor allem aber Noten, nicht zwischen Lehrer_innen vergleichbar, nicht zwischen Klassen vergleichbar, und schon gar nicht zwischen Schulen vergleichbar. Ein „Sehr gut“ bei einem Lehrer kann leicht ein „Befriedigend“ bei einer anderen Lehrerin sein und umgekehrt. Wir Schüler_innen wissen das und erleben das täglich.

Schüler_innen haben ein Recht auf faire Beurteilung. Diese gibt es nur in Form eines ausführlichen Feedbacks der Lehrpersonen. Das unterscheidet sich zwar auch von Lehrkraft zu Lehrkraft, aber immerhin erfahren die Schüler_innen dann, was genau sie falsch gemacht haben, wo sie sich verbessern können und was sie dafür tun müssen. So sieht eine konstruktive Beurteilung aus! Eine schlichte „5“ sagt dagegen nichts aus und ist nur demotivierend. Am schlimmsten ist dies für die jüngsten Schüler_innen, weshalb zumindest in den Volksschulen die Ziffernoten abgeschafft werden müssen. Schlimm genug, dass diese willkürliche Beurteilung darüber entscheidet, ob die Kinder in eine NMS oder AHS gehen können. Somit entscheidet eine einzige Lehrperson mit einer Note, die auf einer anderen Schule ganz anders ausschauen könnte, über den weiteren Lebenslauf der Kinder.

Ziffernoten sind also unfair, nicht vergleichbar, motivieren nicht und sagen schon Garnichts über die Leistung der Schüler_innen aus – was ja auch schon viele Studien 1 bewiesen haben. Daher sollten wir sie wenigstens den jüngsten Schüler_innen ersparen!

Forderungen:

- Die LSV Wien setzt sich auf allen Ebenen nachdrücklich für die Abschaffung der Ziffernoten,

8

Sozial gerechte Schulbeihilfe!

Samuel Schillhammer - Lise Meitner Realgymnasium

angenommen abgelehnt

Bildung muss ein Grundrecht sein! Schulen sollten demnach für alle zugänglich und kostenfrei sein. Doch schon lange ist klar – Schule ist keinesfalls kostenlos. Immer wieder fallen Kosten an, wie Schulsachen, Ausflüge, Nachhilfe, Sprachreisen etc., die nicht für alle Familien leistbar sind. Laut einer Schulkostenerhebung in Wien müssen Eltern im Schnitt jedes Schuljahr rund 1300 Euro pro Schulkind ausgeben. Deswegen gibt es in Österreich seit 1983 die Schulbeihilfe, die Schüler_innen ab der 10. Schulstufe beantragen können. Bei der Beurteilung der sozialen Bedürftigkeit wird hierbei ein Auge auf Einkommen der Familie, Familienstand und Familiengröße gelegt. Während durch die Inflation die Lebenshaltungskosten und das allgemeine Preisniveau stetig steigen, wurde der Grundbetrag der Schüler_innenbeihilfe seit 2007, also seit über 13 Jahren nicht mehr erhöht! Besonders betroffen davon sind Schüler_innen aus einkommenschwachen Familien. Der Anstieg der Preise, bei einem Gleichbleiben der Beihilfe, führt zu einer immer schwieriger werdenden Situation für Betroffene. Soziale Ungerechtigkeit und Chancenungleichheit spitzen sich zu. Eine Angleichung der Beihilfe an die jährliche Verteuerung ist dringend notwendig, um dieser Tendenz entgegenzuwirken und Ausbildungschancen gerechter zu gestalten. Laut Preisindex, der volkswirtschaftlichen Kennzahl für die Entwicklung von ausgewählten Preisen, müsste der Grundbetrag der Schulbeihilfe bereits um 20 Prozent angehoben werden. Die Schulbeihilfe ist erst für Schüler_innen ab der 10. Schulstufe. Schon viel früher sind Eltern jedoch auf finanzielle Unterstützung angewiesen. Haben sie diese nicht, haben nicht alle Familien die finanziellen Ressourcen, ihre Kinder bis in die 10. Schulstufe zu schicken. Nach der 9. Schulstufe sind Kinder nicht mehr schulpflichtig und können somit in der 10. Schulstufe bereits einer Arbeit nachgehen und somit die eigene Familie finanziell unterstützen. Das Einschlagen dieses Lebensweges entscheidet sich oft schon vor Beendigung der 9. Schulstufe und passiert oftmals ab der 5. Schulstufe. Deswegen braucht es die Schulbeihilfe schon so früh wie möglich. Das Einkommen der Eltern darf nicht entscheiden, welcher Bildungsweg eingeschlagen wird.

8

Sozial gerechte Schulbeihilfe!

Samuel Schillhammer - Lise Meitner Realgymnasium

angenommen

abgelehnt

Forderungen:

- Anpassung der Schulbeihilfe an die Inflation – Eine Erhöhung von min. 20%.
- Schulbeihilfe ab der 5. Schulstufe statt der 10. Schulstufe.

9

Einführung der NOVI

Livia Reithmaier - AHS Heustadelgasse

angenommen abgelehnt

Die Diskussion um die Einführung der NOST oder MOST führt auf SIPs, aber auch in der Politik, regelmäßig zu Diskussionen. Während die NOST als großer Streitpunkt gilt und sicherlich viele Nachteile mit sich bringt, gibt es doch einige Vorteile. Diese Vorteile der NOST sowie die Vorteile der MOST werden in einem neuen Schulversuch vereint: Der NOVI (=Neue Oberstufe mit verstärkter Individualisierung).

Durch die NOVI können Schülerinnen und Schüler ihre eigenen Schwerpunkte setzen, da die Module von den Schülerinnen und Schülern nach eigenem Interesse, gewählt werden. Begabungen werden durch vertiefende Angebote besser gefördert und es werden wichtige Schlüssel Qualifikationen (wie Präsentationstechniken, Rhetorik, Selfmanagement etc.) vermittelt. Die Module dauern jeweils ein Semester, wobei zwischen Basismodulen (die verpflichtend zu absolvieren sind) und Wahl Modulen zu unterscheiden ist. Bei negativer Beurteilung eines Moduls, kann dieses durch eine Semester Prüfung, die zweimal wiederholt werden darf, ausgebessert werden, wobei nur die Kompetenzbereiche des Moduls abgeprüft werden, welche nicht positiv abgeschlossen wurden. Des Weiteren steht den Schülerinnen und Schülern eine individuelle Lernbegleitung (=ILB) zur Verfügung. Diese berät und unterstützt bei Prüfungen/beim Lernen und führt Beratungsgespräche mit Beteiligten.

Bieten wir den Schülerinnen und Schülern also eine Schule, in der sie sich wirklich individuell entfalten und ihre eigenen Schwerpunkte setzen können!

Forderungen:

- Flächendeckende Einführung der NOVI an allen AHS Wiens von der 10. bis zur 12. Schulstufe

10

Aufklärungsunterricht für ALLE

Anna Blume - BRG/BG Boerhaavegasse

angenommen abgelehnt

Seit 1. Jänner dürfen in Österreich gleichgeschlechtliche Paare heiraten. Also dürfen jetzt, dank des Verfassungsgerichtshofes, alle die sich lieben, auch heiraten. Diese Entwicklung war dringend nötig um die Gleichstellung der Rechte vieler Menschen in Österreich zu schaffen. Trotzdem fehlt etwas in den Klassenzimmern dieses Landes, dieser Stadt. Sinnvoller, breitgefächter Aufklärungsunterricht für uns ALLE. Viele Jugendliche lernen in der Schule nichts über ihre eigene Sexualität, da der Sexualunterricht zu einem sehr großen Teil auf heterosexuelle Personen zugeschnitten ist. Das Problem dabei ist folgendes: Personen, die über ihre eigene Sexualität nicht aufgeklärt werden, wird das Gefühl gegeben nicht „der Norm“ zu entsprechen, nicht hinein zu passen. Das kann schwerwiegende Folgen für diese Personen haben, wie beispielsweise Unsicherheit über die eigene Identität, psychische Folgen oder Isolation von Gleichaltrigen. Viele Jugendliche greifen deshalb zu anderen Mittel um Aufklärung zu bekommen, Mittel, die uns allen wohl zu bekannt sind. Dr. Google weiß ja immer über alles Bescheid, unter anderem auch, wie sexuelle Handlungen zwischen gleichgeschlechtlichen Partner_innen aussehen können. Pornographie und andere Formen von sexualisierten Medien sind jedoch kaum gefiltert und sehr leicht aufrufbar und wie wir alle wissen, entsprechen pornographische Videos kaum der Realität. Es werden realitätsferne Inhalte gezeigt, zum Beispiel wie ein perfekter Körper aussehen muss und wie Sex und Liebe überhaupt funktioniert. Homosexuelle Jugendliche haben aber oft keinen anderen Weg um zumindest etwas über ihre Sexualität zu erfahren. Denn ein Outing vor der ganzen Klasse, um die wichtigen Informationen über die eigene Sexualität zu erhalten, ist oft ein Schritt den man nicht machen will oder kann. Ein Schritt, für den man sich nicht bereit fühlt und über den man noch einiges wissen und lernen möchte, bevor man ihn wagt! In der Schule wird so gut wie gar nicht über Homosexualität, Transidentitäten und die gesamte LGBTQIAP+ Community, also alles das nicht in die Heteronormative passt, unterrichtet.

10

Aufklärungsunterricht für ALLE

Anna Blume - BRG/BG Boerhaavegasse

angenommen

abgelehnt

Das heißt aber auch: „Wer nichts weiß, muss alles glauben.“ Dies führt zu unangenehmen Vorurteilen gegenüber Personen der LGBTQIAP+ Community Und genau dagegen müssen wir etwas unternehmen.

Forderungen:

- LGBTQIAP+ inklusiver sexualpädagogischer Unterricht soll in österreichischen Schulen standardisiert werden, um diskriminierendem Verhalten gegenüber LGBTQIAP+ Schüler_innen vorzubeugen und LGBTQIAP+ Schüler_innen die Aufklärung zu bieten die sie verdient haben
- Lehrkräfte sollen Schulungen über LGBTQIAP+ inklusive Sexualpädagogik erhalten

1

1

Wir sind keine Schäfchen, sondern selbstbewusste Schülerinnen und Schüler!

Felix Schnabl - Lycée Francais de Vienne

Mario Dragnev - Erich Fried Realgymnasium

Balduin Schwarz - Gastgewerbefachschule (GAFA)



angenommen



abgelehnt

“Alle Vorrechte [...] des Bekenntnisses sind ausgeschlossen.” So steht es in Artikel 7, Absatz 1 der österreichischen Verfassung. Eine Verfassung, die nicht nur eine der ältesten noch aktiven Europas ist, sondern auch eine, die eine ganze Reihe von wichtigen Prinzipien für unser Zusammenleben festschreibt. Eine Verfassung auf die wir alle stolz sein können - denn sie hat uns bereits über 70 Jahre der Demokratie und der Freiheit geschenkt. Über 70 Jahre der liberalen, tolerant en Republik. Es gibt dennoch ein Problem. Heute, fast hundert Jahre nachdem die Religionen offiziell gleichgestellt wurden, wird jeden Tag aufs neue klargestellt, dass eine Religion eben doch gleicher als die anderen ist. Eine Religion darf ihr Symbol in den meisten Klassenräumen dieser schönen Republik sehen. Jede Schülerin und jeder Schüler muss damit vorlieb nehmen, ob er will oder nicht. Ob nun muslimisch, jüdisch, pastafarisch oder einfach ohne Bekenntnis, wir müssen alle diese zwei Stücke verkreuztes Holz ansehen. Selbst wenn es für uns rein gar nichts bedeutet. Es ist ein Symbol der Macht, ein Symbol für einen Staat der nicht wirklich religiös neutral ist, ein Symbol für eine Schule die bevorzugt und nicht gleichstellt. Es ist ein Symbol, dass einfach keinen Platz in den Wiener Schulen hat, genauso wenig wie ein Halbmond oder ein lebensgroßer Buddha. Genauso kann es nicht sein, dass der Staat, mit unser aller Steuergeld, den verschiedenen Kirchen die Möglichkeit gibt, die nächsten Generation an Schülerinnen und Schülern zu indoktrinieren. Es gibt kein Recht für jede Partei ihren Parteiunterricht an den Schulen zu veranstalten, es gibt kein Recht für Firmen ihren Werbeunterricht zu machen. Es sollte kein Recht für Kirchen geben sich selbst in unseren Schulen auf unsere Kosten zu beweihräuchern. Es sollte aber ein Fach für politische Bildung geben, es sollte ein Fach für Medienbildung geben und ganz genauso sollte ein Fach für Kirchenbildung, nennen wir es Ethik, nennen wir es wie wir wollen, geben, aber kämpfen wir doch endlich gemeinsam für eine gerechte und freie Schule für Bürgerinnen und Bürger und nicht für Priesterinnen und Priester.

1 1

Wir sind keine Schäfchen, sondern selbstbewusste Schülerinnen und Schüler!

Felix Schnabl - Lycée Francais de Vienne

Mario Dragnev - Erich Fried Realgymnasium

Balduin Schwarz - Gastgewerbefachschule (GAFA)

angenommen

abgelehnt

Forderungen:

- Die LSV kämpft für eine religiös neutrale Schule. Das heißt auch, dass etwaige religiöse Symbole aus Klassen entfernt werden müssen. Es gibt keine Staatsreligion und es soll auch dementsprechend im Bildungssystem gehandelt werden.
- Die LSV setzt sich für wienweite Abschaffung des Religionsunterrichts ein.
- Als ihren Platz soll ein zur Gänze neutraler, für alle zum Pflichtgegenstand avancierender Ethikunterricht treten. Dieser soll Informationen zu allen Konfessionen und Glaubensgemeinschaften weitergeben und eine kritische Auseinandersetzung mit deren Herkunft und Weltbild fördern.

12

Für eine Schule des Lebens und nicht des Schlafens!

Felix Schnabl - Lycée Francais de Vienne

Mario Dragnev - Erich Fried Realgymnasium

Balduin Schwarz - Gastgewerbefachschule (GAFA)

angenommen

abgelehnt

Wir alle kennen es. Und fast alle hassen es. In der Früh - die Sonne ist noch weit davon entfernt aufzugehen, vor allem jetzt im Winter - wird man aus dem Bett gerissen, um in die Schule zu gehen und zu lernen. Wobei man in der Schule in den ersten Stunden dann weniger lernt als schläft. Das hilft keinem: Wir, Schülerinnen und Schüler sind müde und unmotiviert, die Lehrer müssen mit Schläfern statt mit Schülerinnen und Schülern rechnen. Die Schule sollte aber deutlich mehr sein, als nur ein weiterer, ziemlich ungemütlicher Schlafplatz. Die Schule sollte uns aufs Leben vorbereiten, sie sollte uns die Möglichkeit geben neue Dinge zu lernen. Heute jedoch zwingt sie uns durch zu frühen Unterrichtsbeginn nur allzu oft zu Schlafen. Es gibt dafür zum Glück eine ganz einfache Lösung: Verschieben wir den Unterrichtsbeginn doch einfach! Von 8 Uhr auf 9 Uhr - und schon wird aus der Schule des Schlafens eine Schule des Lebens!

Forderungen:

- Die LSV setzt sich mit ihrer ganzen Kraft für eine Verschiebung des Unterrichtsbeginns auf frühestens 9 Uhr ein.

Die Erhaltung des Vienna Bilingual Schooling Programms Wainde Wane - Parhamergymnasium

→ angenommen abgelehnt

Das Vienna Bilingual Schooling Programm ist ein Schulversuch mit der Absicht SchülerInnen eine zweisprachige Bildung in Deutsch und Englisch zu ermöglichen. Dazu werden Native Speakers, Lehrpersonal mit Englisch als Muttersprache, zum Einsatz gebracht und Fächer zweisprachig unterrichtet. Das Ziel ist es beide Sprachen nach dem Schulabschluss vollständig zu beherrschen. Die Vorteile sind vielfältig. Das VBS System führt durch internationalere Klassen zu kulturellem Austausch und Offenheit, zu gesteigerten Sprachfähigkeiten, der Möglichkeit im Ausland zu studieren und zu arbeiten und allgemein zu höherer schulischer Leistung da mehr individuelle Förderung möglich ist. Da Schulversuche jedoch nur bis Ende des Schuljahres 2024/25 weitergeführt werden können muss rasch die Entscheidung fallen ob das VBS System in das Regelschulwesen überführt werden soll, sonst sind die zukünftige Finanzierung und der Weiterbestand nicht gesichert. Sechs AHS VBS Standorte haben die Evaluierung dieses Schulversuchs veranlasst und die Resultate waren eindeutig. SchulleiterInnen, LehrerInnen, Eltern und SchülerInnen haben sich alle klar für die VBS ausgesprochen und die zahlreichen schulischen, sowie sozialen, Vorteile betont. Senden wir ein Zeichen an die Politik und positionieren wir uns ganz klar für moderne Lehrmethoden, für das Wohlbefinden der Schüler und SchülerInnen und für eine Schule die uns auf eine globale Gesellschaft vorbereitet. Retten wir die Vienna Bilingual Schools!

Forderungen:

- Der Schulversuch „Vienna Bilingual Schooling Programm“ soll in das Regelschulwesen aufgenommen werden und somit über das Jahr 2025 weitergeführt werden.

14

Gewaltprävention als Grundkompetenz

Georg Zachenhofer - GRG7 Kandlgasse

→ angenommen abgelehnt

Jahresanfang 2019: Zwischen 8. und 21. Jänner werden 5 Morde verübt. Diese Morde haben einige Gemeinsamkeit: Alle betreffen Frauen, alle werden von ihnen eigentlich (zumindest früher) nahestehenden Männern verübt. Und sie alle führen zu einer Diskussion in breiter Öffentlichkeit. Laut Studien der Vorjahre geschehen jeden Monat sechs versuchte Morde an Frauen in Österreich – meist verübt durch (ihre) Männer, meist in ihren eigenen vier Wänden. In den Medien erscheinen immer wieder Berichte über zunehmende Gewalt an Schulen. Vor allen an manchen Pflichtschulen stehen Schlägereien an der Tagesordnung. Auch psychische Gewalt, wie Mobbing etc. sind leider alles andere als selten. Aber wie kann konkreter Schutz funktionieren? Bildung ist ein wichtiger Schlüssel zu Problemlösung – und zur Bildung im Zusammenhang mit der Vermeidung von Gewalttaten gehören Informationen rund um das Gewaltschutzgesetz, dazu, wie und wo Betroffenen Hilfe angeboten wird sowie grundlegende Gewalt- und Aggressionsbewältigung. Und mit am wichtigsten: Veraltete Gesellschafts- und Geschlechterrollenbilder müssen kritisch hinterfragt und aufgebrochen werden! Die Männerberatung, die es in jedem Bundesland gibt, kann dabei große Hilfe leisten! Diese bieten Workshops für Schüler_innen an, bei denen Geschlechterrollen hinterfragt werden, Gewaltopfern Lösungswege aufgezeigt werden und wichtige Gewaltpräventionsarbeit geleistet wird. All das findet in unseren aktuellen Lehrplänen keinen konkreten Platz. Aber Männer müssen fähig sein, mit selbstbestimmten, eigenständigen Frauen umgehen zu können, ohne sich in ihrer Männlichkeit so verletzt zu fühlen, dass keine Auswege für (gedachte) Konfliktsituationen gesehen werden! Und wenn dieses Wissen fehlt, soll unsere Schule das aufgreifen und unser Unterricht dieses Wissen vermitteln.

14

Gewaltprävention als Grundkompetenz

Georg Zachenhofer - GRG7 Kandlgasse

angenommen abgelehnt

Forderungen:

- dass sich die LSV Wien für Gewaltprävention an Pflichtschulen z.B. in Form von Workshops der Männerberatung einsetzt.
- Diese Workshops sollen sowohl Frauenbilder als auch Männerbilder kritisch hinterfragen

Weil Schule auf's Leben vorbereiten soll!

Arion Selmanaj - Parhamergymnasium

angenommen abgelehnt

In der Schule – vor allem in den allgemein-höherbildenden Schulen – haben wir Schülerinnen und Schüler gerade das Problem, dass wir nicht aufs Leben, sondern auf die Matura und auf Schularbeiten vorbereitet werden. Wir lernen für die Matura und nachdem diese bestanden ist, stellen wir uns die Fragen, auf die wir eigentlich 8 Jahre lang vorbereitet hätten werden müssen: „Wie zahle ich Steuern?“, „Wie ernähre ich mich gesund?“, „Wie suche ich mir eine Wohnung?“ und viele mehr. Das sind alles Fragen, die wir uns im Leben stellen werden. Das sind alles Fragen, die in der Schule nicht beantwortet werden. Schule soll auf's Leben vorbereiten und genau deswegen braucht es ein Fach, in dem wir Schülerinnen und Schüler Inhalte lernen, von denen wir alle betroffen sind. Das reicht von einfachen Grundbegriffen in der Wirtschaft, welche unser tägliches Leben und unseren Alltag gestalten, bis hin zur allgemeinen Ernährungslehre, welche zu einem gesunden Lebensstil führt. Hier geht es um ein Bildungssystem, welches die Zukunft Österreichs auf die Zukunft vorbereiten sollte! Es gibt bereits einen Lehrplan für ein Fach, das genau diese Themen behandelt und er wird auch in manchen Schulen durchgeführt. Dort lernen Schülerinnen und Schüler unter anderem, wie man einen Haushalt führt, was man beim Kauf einer Wohnung beachten muss und viele andere lebensrelevante Sachen. Weil Schule auf's Leben vorbereiten soll!

Forderungen:

- Einführung eines Wahlpflichtfaches mit inhaltlichem Schwerpunkt auf Wirtschaft und Ernährungslehre ab der 10. Schulstufe

16

Für eine partizipativere und demokratischere Vertretung aller Schüler*innen Österreichs!

Felix Schnabl - Lycée Francais de Vienne

Mario Dragnev - Erich Fried Realgymnasium

Balduin Schwarz - Gastgewerbefachschule (GAFA)

angenommen abgelehnt

Die momentane Regelung bei der Wahl der Landesschüler*innenvertretung[1] Wahlberechtigt (Anm.: für die Landesschülervertretungswahl) sind alle Schulsprecher (§ 59 SchUG) aus den im § 6 Abs. 1 Z 1 bis 3 genannten Schulartbereichen, und zwar jeweils für den Schulartbereich, dem sie als Schulsprecher angehören. Im Verhinderungsfall eines Schulsprechers ist sein Stellvertreter wahlberechtigt, an ganzjährigen Berufsschulen der Tagessprecher des jeweiligen Wahltages, sofern der Verhinderte dies schriftlich bestätigt; diese Bestätigung ist vom Schulleiter zu beglaubigen. Ist der verhinderte Wahlberechtigte dazu nicht imstande, hat der Schulleiter den Verhinderungsfall schriftlich zu bestätigen.

Die momentane Regelung bei der Wahl der Bundesschüler*innenvertretung[2]

Der Bundesschülervertretung gehören 29 Mitglieder an, und zwar:

1. die neun Landesschulsprecher aus dem Bereich der allgemeinbildenden höheren Schulen,
2. die neun Landesschulsprecher aus dem Bereich der berufsbildenden mittleren und höheren Schulen sowie der höheren Anstalten der Lehrerbildung und Erzieherbildung,
3. die neun Landesschulsprecher aus dem Bereich der Berufsschulen und
4. zwei Mitglieder aus dem Bereich der Zentrallehranstalten

(je ein Mitglied aus dem Bereich der Höheren technischen und gewerblichen Lehranstalten

und des Bundesinstitutes für Sozialpädagogik in Baden sowie aus dem Bereich der land- und forstwirtschaftlichen Schulen).

16

Für eine partizipativere und demokratischere Vertretung aller Schüler*innen Österreichs!

Felix Schnabl - Lycée Francais de Vienne

Mario Dragnev - Erich Fried Realgymnasium

Balduin Schwarz - Gastgewerbefachschule (GAFA)



angenommen



abgelehnt

Forderungen:

- Wahl der Landesschüler*innenvertretung: Alle aktiven Schüler*innenvertreter*innen - und nicht nur der*die Schulsprecher*in - sollen ein Wahlrecht für diese Landesschüler*innenvertretungswahlen bekommen. Um dieses System sofort umzusetzen, müssen bloß mehr Stimmzettel gedruckt werden und der Paragraph dementsprechend abgeändert werden.
- Wahl der Bundesschüler*innenvertretung: Alle gewählten aktiven Landesschüler*innenvertreter*innen Österreichs sollen den*die Bundesschüler*innenvertreter*in direkt wählen dürfen

[1] SchVG: 2. Abschnitt, Wahlrecht, §8, (1)

[2] SchVG: 3. Abschnitt, Zusammensetzung der BSV, §21

angenommen abgelehnt

Die Gesellschaft sollte jedem Menschen unabhängig von seiner Herkunft ermöglichen, eine exzellente Bildung zu genießen. Der Staat investiert derzeit jedoch viel zu wenig in seine jüngsten Bürgerinnen und Bürger. Das gesamte Schulsystem ist in der Ausstattung und Finanzierung hängen geblieben. Das Ziel ist es, jedem Kind eine Bildung zukommen zu lassen, die es auch verdient.

Forderungen:

- Ein Jahr vor der Einschulung soll jedes Kind an einem Sprachtest teilnehmen, um mögliche Rückstände rechtzeitig im letzten Kindergartenjahr aufholen zu können.
- Es ist in einer digitalisierten Gesellschaft von großer Wichtigkeit, dass Kinder bereits in der Schule IT- Kenntnisse erwerben. Dies soll aber nicht nur im Informatikunterricht geschehen, sondern auch Einzug in andere Fächer finden. Gleichzeitig müssen Lehrer fortgebildet werden, um mittels neuer Medien sinnvoll den Unterricht gestalten zu können.
- Schülern soll es außerdem grundsätzlich ermöglicht werden, ihre eigenen technischen Geräte mitzubringen und im Unterricht einzusetzen. Auch bei Prüfungen sollen diese künftig – wo im Einzelfall sinnvoll und geeignet – zum Einsatz kommen dürfen. Kinder, die keine eigenen Geräte besitzen, sollen diese von der Schule gestellt bekommen.
- Die Pflichtfächer sollen sich künftig stärker an ihrer tatsächlichen, allgemeinbildenden Notwendigkeit orientieren: Sie sollen grundlegendes Allgemeinwissen und Methoden vermitteln, welche unabhängig von der späteren Berufswahl für das nachfolgende Leben Sinn ergeben.

17

BILDUNG REFORMIEREN.

Xiaolong Yin - GRG 3 Radetzky

angenommen abgelehnt

- In der Ausgestaltung des Lehrangebots soll allgemein mehr Wahlfreiheit für Schulen und Schüler entstehen. So soll der Wahlpflichtbereich ausgebaut werden, welcher auch von den Schulen eigenverantwortlich um neue Themen oder Fächer ergänzt werden können soll, mit denen die Schüler sich vertiefend beschäftigen können. An allen Schulen soll die Studien- und Berufsberatung intensiviert werden.

1933-1945 herrschte Faschismus in Österreich. In dieser schrecklichen Zeit wurden Menschen wegen ihrer Religion verfolgt und ermordet. Heute trotz mehr als 70 Jahren sind diese Werte immer noch in Österreich präsent. Leider ist Rassismus ein Problem der Gesellschaft und in der Schule. Schüler ärgern andere wegen ihrer Herkunft, Hautfarbe oder Religion. So was sollte in unserer Gesellschaft nicht vorkommen. Da wir in einer Multikulturellen Gesellschaft leben, darf Rassismus an Schulen nicht vorkommen.

Forderungen:

- Zivilcourage ist Pflicht ab 8. Schulstufe
- Im Geschichtsunterricht sollten die Lehrer/innen mehr darauf eingehen, das dies sehr düstere Kapitel der Menschheit sind und nicht wiederholt werden dürfen.
- Zweitens sollten zum Beispiel der Verfassungsschutz an allen Schulen Vorträge halten, wo thematisiert wird was Linksextremismus und Rechtsextremismus ist, wie man eine solche Organisation erkennt und wie man sich am besten dagegen wehrt.
- Schüler/innen die kaum mit anderen Schülern mit Migrationshintergrund in Kontakt kommen, entwickeln sich viel einfacher Vorurteile welche das Problem nur verschärfen.
- Schulen sollten entweder Klassenfahrten ins Ausland fördern oder einen Tag der Kulturen veranstalten, wo man sich untereinander austauscht und neue Freundschaften schließt (führt zum Vorurteilabbau).

In den letzten Monaten ist Umweltschutz immer mehr in den Vordergrund gerutscht. Seit den Friday's for future Demos engagieren sich viele Jugendliche im Bereich Umweltschutz. Enttäuschenderweise wird an Schulen leider nicht so viel Wert gelegt. Dies soll sich endlich ändern. Für den Klimawandel und den damit verbundenen Umweltschutz soll an Schulen ein deutliches Bewusstsein geschaffen werden. Die Schule sollte uns darüber aufklären, was bei vielen entweder nur schwammig oder kaum durchgemacht wird. Erwachsene sagen: Das sind doch nur Kinder, die haben weder Ahnung noch Bereitschaft dafür. Unsere Antwort darauf: Setzen wir uns gemeinsam dafür ein, dass unsere Umwelt sauber bleibt, denn es ist unsere Zukunft und sie hängt nur von uns ab.

Forderungen:

- stärkere Einbeziehung von Nachhaltigkeit und Umweltschutz an Schulen.
- Ökostrom,
- Recyclingpapier
- Förderung von Umweltschutzprojekten an Schulen
- funktionierende Mülltrennung
- Plastikverbot

→ angenommen abgelehnt

In jeder Klasse gibt es Schüler/innen, die begabt sind oder vom Stoff kaum was verstehen. Meistens sitzen sie gelangweilt im Unterricht und passen nicht auf. Deshalb sollten alle Lehrer die Schüler/innen mit Begabungen mehr fordern und Leute mit Problemen mehr unterstützen. Hinzukommen, dass an vielen Schulen neue Leute dazugekommen sind mit kaum Deutschkenntnissen. Leben in einem neuen Land, Schule und neues Umfeld ohne Sprachkenntnisse kann sehr schwer sein.

Forderungen:

- bessere bzw. verpflichtende Deutschkurse
- Förderkurse
- Individuelle Forderung

Schluss mit der Papierlawine!

Arion Selmanaj - Parhamergymnasium

→ angenommen abgelehnt

In einer Welt, in der Technologien immer fortgeschrittener und für die breite Masse verfügbarer werden, wird leider viel zu oft auf altmodische und analoge Methoden zurückgegriffen. Vor allem jetzt, wo Umwelt nicht wichtiger sein könnte, wird in den Schulen weiterhin hemmungslos Papier in Massen gekauft und auch benutzt. Meist sogar für Dinge, die auf einem Beamer, einem Laptop oder sogar auf einem Handy erledigt werden könnten. Ich spreche hier von Berichten, Lesehausübungen, Aufgaben, Listen und vielem mehr. Es gibt unzählige Plattformen, die es sowohl Lehrern als auch Schülern ermöglicht, nötige Informationen weiterzugeben. Google Classroom, Drive, Dropbox und viele mehr. Trotzdem weigern sich viele Lehrerinnen und Lehrer diese Plattformen zu nutzen. Sei es aus Angst vor Veränderung, Angewohnheit oder aus einfacher Faulheit: Die Schule und das Bildungssystem sind methodisch im Stillstand, was dafür sorgt, dass tausende von unsinnigen Blättern im Jahr verbraucht werden, welche am Ende des Jahres sowieso meist weggeschmissen werden. Aus diesem Grund sollten Lehrerinnen und Lehrer notwendigerweise verpflichtende Einführungskurse besuchen müssen. Durch das Lernen des nötigen Know-hows, als auch durch das Vorzeigen der vielen Vorteile, die die Digitalisierung mit sich bringt, schafft man es nun endlich auch in der Schule, im 21. Jahrhundert anzukommen. Damit sich auch unser Bildungssystem wieder weiterbewegt!

Forderungen:

- Verpflichtende Einführungskurse für Lehrerinnen und Lehrer ab der 5. Schulstufe zum Thema Digitalisierung.
- Allgemeine Verringerung des Papierverbrauchs durch das Fördern der digitalen Weitergabe von Wissen und Aufgaben an die Schülerinnen und Schüler.

Stunden Reduzierung der Nebenfächer

Carmina Draghia - Schumpeter Handelsakademie

→ angenommen abgelehnt

In allen Schulen gibt es Fächer, die man nach der Abschlussprüfung oder der Reifeprüfung nicht mehr im Alltag benötigt. Dazu zählen Fächer wie Naturwissenschaft in einer Handelsakademie, Musikalische- und, Bildnerische Erziehung in einer HLW, etc.

Zudem kann man noch sagen, dass viele Schüler_innen, die eine Schule besuchen und Fächer wie Musikalische Erziehung oder Naturwissenschaften NICHT als Schwerpunkt haben, meist kein Interesse für das Fach zeigen. Trotzdem sind diese Nebenfächer in der Oberstufe mit bis zu 3 Stunden pro Woche im Stundenplan aufzufinden.

Deshalb sollte ein Fach, welches nichts mit dem Schwerpunkt der Schule zu tun hat, im Stundenplan reduziert werden. Die gekürzten Stunden sollen durch wirklich wichtige Wahlpflichtfächer, wie beispielsweise Sexualkunde, Selbstverteidigung oder Umweltkunde ersetzt werden. Die Inhalte dieser Fächer müssen den Schüler_innen schon während der Schulzeit nahegelegt werden. Schließlich sind diese Themen essenziell für das spätere Leben und zudem auch sehr aktuell.

Forderungen:

- Bei Nebenfächern, die nicht der Fachrichtung entsprechen, soll die Möglichkeit bestehen die Stundenanzahl pro Woche zu kürzen
- Die aus den Nebenfächern gekürzte Stundenanzahl soll durch Wahlpflichtfächer wie Umweltkunde, Sexualkunde, Selbstverteidigung etc. ersetzt werden.

→ angenommen abgelehnt

„Non scholae, sed vitae discimus“, zu Deutsch: „Nicht für die Schule, sondern fürs Leben lernen wir“. Dieses allbekannte lateinische Sprichwort hat heute wohl kaum noch Gültigkeit. Praxis im Unterricht, sowie einen Bezug zur Wirklichkeit findet im täglichen Schulalltag keinen Platz mehr. Wir gehen also in eine Schule, die aufs Leben vorbereiten soll, doch dafür fehlt dem Unterricht eine Parallele zur echten Welt. Im heutigen Schulsystem mangelt es deutlich an zukunftsorientierten Skills. Was die Zukunft ausmacht ist das eigenständige Nachdenken, das kritische Hinterfragen, das überzeugende Auftreten, jedoch wird man darauf geschult alles stur auswendig zu lernen und verliert dabei eine der wichtigsten Eigenschaften: das rationale Denken. Kritisches Denken wird in der Schule viel zu sehr vernachlässigt. Gesellschaftsbilder müssen hinterfragt und nicht einfach übernommen werden ohne Potential und Fehler abzuwiegen.

Forderungen:

- Fördern des kritischen Denkens durch gezielte didaktische Methoden
- Ausweitung des didaktischen Teils im Lehramtstudium, sowie regelmäßige Fortbildungen für Unterrichtsmethodik und Didaktik